Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7530**

14. Wahlperiode 16. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Heidemarie Ehlert, Dr. Christa Luft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6895 –

Wirksamer Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Euro-Umstellung

A. Problem

Zum 1. Januar 2002 erfolgt die Einführung des Euro als Bargeld. In Bezug auf den kostenlosen umstellungsbedingten Umtausch von Banknoten und Münzen existieren bisher keine speziellen Rechtsgrundlagen. Nach Auffassung der Antragsteller ist zu befürchten, dass über die „haushaltsüblichen“ Beträge hinausgehende Bargeldsummen nicht entgeltfrei umgetauscht werden. Sie fordern daher eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, dass bei der Ausgabe von Euro-Bargeld kein gesondertes Entgelt in Rechnung gestellt wird. Dies soll auch für Bürgerinnen und Bürger ohne Bankkonto gelten. Zudem fordern sie eine kostenlose Hotline beim Bundesministerium der Finanzen für alle Fragen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Einstimmigkeit im Ausschuss gegen die Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/6895 – abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2001

Der Finanzausschuss

Christine Scheel	**Dr. Barbara Höll**	**Simone Violka**
Vorsitzende	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und Simone Violka

1. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der PDS „Wirksamer Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Euro-Umstellung“ – Drucksache 14/6895 – ist dem Finanzausschuss in der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Oktober 2001 zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Tourismus und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden. Die mitberatenden Ausschüsse haben den Gesetzentwurf am 7. November 2001 beraten. Im Finanzausschuss ist die Vorlage gleichfalls am 7. November 2001 behandelt worden.

2. Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion der PDS fordert gesetzliche Regelungen, die sicherstellen, dass der Umtausch von Banknoten und Münzen im Rahmen der Euro-Umstellung kostenlos erfolgt. Zudem soll eine kostenlose Hotline beim Bundesministerium der Finanzen für sämtliche Fragen der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung eingerichtet werden.

Eine gesetzliche Regelung in Bezug auf einen kostenlosen umstellungsbedingten Umtausch sei notwendig, da die Kreditwirtschaft auf einheitliche Zusagen der Entgeltfreiheit verzichtet habe. Eine Entgeltfreiheit des Währungsumtauschs könne aber daraus abgeleitet werden, dass es sich beim Währungsumtausch um eine vom Staat im öffentlichen Interesse den Banken auferlegte Pflicht handele, bei der die daraus erwachsenden Aufwendungen nicht auf die Kunden abgewälzt werden könnten. Eine gesetzliche Regelung zur Sicherstellung der Entgeltfreiheit sei auch insbesondere im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ohne Girokonto notwendig, da aufgrund der bisherigen Erfahrungen zu befürchten sei, dass gerade diese Personengruppe für den Bargeldumtausch Gebühren zahlen müsse. Die Einrichtung einer kostenlosen Hotline könne einerseits den Bürgerinnen und Bürgern im Umgang mit Handel und Banken ein stärkeres Maß an Sicherheit geben und andererseits frühzeitig auf eventuelle Missbräuche aufmerksam machen.

3. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

4. Ausschussempfehlung

Bei der Beratung der Vorlage im **Finanzausschuss** hat die Fraktion der PDS auf die Begründung ihres Antrags verwiesen und nochmals unterstrichen, dass sie neben den freiwilligen Zusagen der Kreditwirtschaft eine gesetzliche Regelung der Entgeltfreiheit des Währungsumtauschs für unabdingbar halte. Nur eine solche Regelung biete den Bürgerinnen und Bürgern Rechtssicherheit. Rechtssicherheit sei vor dem Hintergrund, dass in der Bevölkerung nach wie vor große Skepsis in Bezug auf zusätzliche Kosten im Rahmen der Euro-Einführung bestehe, aus psychologischen Gründen besonders wichtig. Eine gesetzliche Regelung sei zudem notwendig, um insbesondere diejenigen, die über kein Girokonto verfügen, vor zusätzlichen Kosten zu schützen.

Die Koalitionsfraktionen haben erläutert, dass sie eine besondere gesetzliche Regelung zur Sicherstellung eines kostenlosen umstellungsbedingten Umtauschs von Banknoten und Münzen nicht für nötig hielten. Insbesondere für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die kein Girokonto haben und die in der Regel nicht so viel Bargeld besitzen, stelle sich das Problem überhaupt nicht. Sie könnten bis Ende Februar 2002 im Handel noch mit DM-Banknoten und -Münzen bezahlen. Auf diese Weise erhielten sie automatisch Euro-Bargeld. Außerdem könnten sie ihr Bargeld auf ein Sparkonto einzahlen und somit den Bargeldumtausch umgehen. Schließlich haben die Koalitionsfraktionen darauf hingewiesen, dass beim Bundesminister der Finanzen bereits eine Hotline zur Euro-Einführung bestehe. Aus diesen Gründen stimmten die Koalitionsfraktionen dem Antrag nicht zu.

Der Antrag der Fraktion der PDS „Wirksamer Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Euro-Umstellung“ ist im Finanzausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der PDS in Abwesenheit der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

Berlin, den 7. November 2001

Dr. Barbara Höll
Berichterstatterin

Simone Violka
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333